

Luzerner Beiträge zur Rechtswissenschaft (LBR)

Herausgegeben von Jörg Schmid im Auftrag der
Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern

Band 35

Claudia Oesch

Kooperationen zwischen KMU

**unter besonderer Berücksichtigung ihrer
kartellrechtlichen Zulässigkeit**

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	XXV
LITERATURVERZEICHNIS.....	XXIX
EINLEITUNG.....	1
A. Die Problemstellung.....	1
1. Vom unabhängigen Unternehmen zum kooperierenden Unternehmen.....	1
2. Kooperationen zwischen kleinen und mittleren Unternehmen im besonderen.....	2
3. Staatliche Rahmenbedingungen.....	3
B. Der Aufbau der Arbeit.....	5
1. TEIL: GRUNDLAGEN.....	7
I. KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN ALS FORSCHUNGSGEGENSTAND.....	9
A. Der Unternehmensbegriff.....	9
B. Der Begriff der KMU.....	10
1. Charakterisierung anhand unterschiedlicher Kriterien.....	10
2. Definition im rechtlichen Sinne.....	13
C. Die Bedeutung der KMU.....	17
II. WETTBEWERBSTHEORETISCHE GRUNDLAGEN DES KARTELLRECHTS.....	20
A. Einleitung.....	20
B. Der Wettbewerb.....	21
1. Voraussetzungen für den Wettbewerb.....	21
2. Die Definition des Wettbewerbs.....	23
3. Wirtschaftliche Funktionen des Wettbewerbs.....	23
(a) Die Freiheitsfunktion.....	24
(b) Die Entdeckungs- und Fortschrittsfunktion.....	24
(c) Die Auslesefunktion.....	24
(d) Die Koordinations- und Anpassungsfunktion.....	25
(e) Die Allokationsfunktion.....	25

(f)	Die Risikoverteilungs- und Renditennormalisierungsfunktion	25
(g)	Die Preisstabilisierungsfunktion	26
(h)	Die Kontrollfunktion	26
(i)	Die Funktion der Übermachterosion	27
(j)	Einteilungsmöglichkeiten der Wettbewerbsfunktionen	27
4.	Kein Ausschluss möglicher Wettbewerbsbeschränkungen	28
C.	Wettbewerbstheoretische Erkenntnisse	29
1.	Die historische Entwicklung der Wettbewerbstheorie	30
(a)	Die freie Konkurrenz bei Adam Smith	30
(b)	Die vollkommene Konkurrenz der Wohlfahrtsökonomik	32
2.	Die moderne Wettbewerbstheorie im angelsächsischen Sprachraum	33
(a)	Die Harvard Schule	33
(i)	Workable Competition und Industrial Organization	33
(ii)	Die Theorie des funktionsfähigen Wettbewerbs	34
(iii)	Zusammenfassung der Harvard Schule	36
(b)	Die Chicago Schule	36
(c)	Die Theorie der "bestreitbaren Märkte"	39
3.	Die moderne Wettbewerbstheorie im deutschsprachigen Raum	40
(a)	Die ordoliberalen Theorie des vollständigen Wettbewerbs	40
(b)	Die Theorie der optimalen Wettbewerbsintensität	42
(c)	Die neuklassische Konzeption der Wettbewerbsfreiheit	44
(d)	Das Koordinationsmängelkonzept	46
D.	Die Umsetzung der wettbewerbstheoretischen Erkenntnisse	47
1.	Von der Wettbewerbstheorie zur Wettbewerbspolitik	47
2.	Die Wettbewerbspolitik	49
III.	DIE SCHWEIZERISCHE	
	WETTBEWERBSORDNUNG	51
A.	Einleitung	51
B.	Die schweizerische Wirtschaftsverfassung	52
1.	Die Wirtschaftsfreiheit	53
2.	Der Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit	55
3.	Die Privatrechtskompetenz	56
C.	Der verfassungsrechtliche Kartellartikel im besonderen	58
1.	Die Funktion des Kartellartikels	58
2.	Die Ausgestaltung des Kartellartikels	58
D.	Das Kartellgesetz	60
1.	Die Zielsetzung des Kartellgesetzes	60
2.	Das wettbewerbstheoretische Konzept des Kartellgesetzes	62
(a)	Die Entwicklung	62
(b)	Der wirksame Wettbewerb	64
3.	Der Gegenstand des Kartellgesetzes	66
(a)	Die Wettbewerbsbeschränkung	66

(b)	Der Geltungsbereich des Kartellgesetzes	67
(i)	Der sachliche Geltungsbereich	68
(ii)	Der persönliche Geltungsbereich	68
(c)	Der relevante Markt	69
4.	Die verschiedenen Arten von Wettbewerbsbeschränkungen	71
(a)	Wettbewerbsabreden	71
(i)	Die Begriffsdefinition	71
(ii)	Die wettbewerbspolitische Beurteilung	74
(b)	Die Arten von Wettbewerbsabreden	75
(i)	Dreiteilung	75
(1)	Zur Erheblichkeit von Wettbewerbsbeschränkungen	77
(2)	Die qualitative Erheblichkeit	78
(3)	Die quantitative Erheblichkeit	80
(4)	Zusammenfassung	82
(ii)	Die Rechtfertigung von Wettbewerbsabreden	83
(iii)	Gerechtfertigte Arten von Wettbewerbsabreden (Art. 6 KG)	85
(1)	Die Voraussetzungen zur Rechtfertigung	88
(2)	Die einzelnen Rechtfertigungsgründe im Überblick	89
(iv)	Die Beseitigung wirksamen Wettbewerbs	94
(1)	Prüfung der Wettbewerbsbeseitigung	94
(2)	Vermutungstatbestände	95
(c)	Unzulässige Verhaltensweisen marktbeherrschender Unternehmen	97
(i)	Marktbeherrschende Unternehmen	97
(ii)	Unzulässige Verhaltensweisen marktbeherrschender Unternehmen	99
(d)	Unternehmenszusammenschlüsse	100
(i)	Die wettbewerbspolitische Bedeutung	100
(ii)	Der Begriff	102
(iii)	Das Gemeinschaftsunternehmen	102
(iv)	Die materiellrechtliche Regelung	103

2. TEIL: BEURTEILUNG VON KOOPERATIONEN AUS ÖKONOMISCHER UND RECHTLICHER SICHT.....105

I. EINLEITUNG.....107

II. DIE ZWISCHENBETRIEBLICHE KOOPERATION.....109

A. Die historische Entwicklung von Kooperationen..... 109

B. Die Begriffsdefinition..... 109

1.	Die Unabhängigkeit der Unternehmen	110
2.	Die Freiwilligkeit der Kooperation.....	111
3.	Die Rechtsgrundlage der Kooperation.....	112
4.	Der Inhalt der Kooperation	112
5.	Die Kooperationsziele	113
6.	Kooperation als alternative Organisationsform.....	114

C. Systematisierung und Gliederung möglicher Kooperationsformen	115
1. Gliederung nach den Kooperationspartnern.....	115
2. Gliederung nach den Kooperationsbereichen	118
3. Gliederung nach den Kooperationszielen	119
4. Gliederung nach den Kooperationsmodalitäten	120
D. Die rechtliche Ausgestaltung der Zusammenarbeit	121
1. Die schuldrechtlichen Austauschverträge.....	123
2. Die einfache Gesellschaft.....	123
3. Die Aktiengesellschaft	124
4. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung.....	125
5. Die Genossenschaft.....	125
6. Das Gemeinschaftsunternehmen	127
7. Fazit: Für Kooperationen geeignete Rechtsformen.....	127
E. Abgrenzungen zu weiteren Formen unternehmerischer Zusammenarbeit.....	128
1. Joint Ventures.....	129
2. Strategische Allianzen.....	130
3. Strategische Unternehmensnetzwerke	132
F. Kooperationen durch KMU im besonderen	132
3. Institutionelle Alternativen zu Kooperationen	133
1. Der Marktaustausch	133
2. Die Konzentration	133
3. Kooperation als organisatorische Alternative.....	135
III. BEITRÄGE VERSCHIEDENER ÖKONOMISCHER THEORIEN ZUM THEMA DER UNTERNEHMENSKOOPERATION.....	136
A. Vorbemerkungen	136
B. Industrieökonomische Ansätze und Ansätze der Managementlehre.....	137
1. Industrieökonomische Ansätze	137
2. Das strategische Management.....	140
3. Der ressourcenorientierte Ansatz	142
4. Der marktorientierte Ansatz	142
5. Die Kontingenztheorie.....	143
6. Das Konzept der „Countervailing Power“ von Galbraith	145
C. Institutionenökonomische Ansätze.....	148
1. Der Transaktionskostenansatz.....	150
2. Der Principal-Agent-Ansatz	153

3.	Die Property-Rights-Theorie.....	156
4.	Exkurs: Spieltheoretische Ansätze.....	157
5.	Weitere Theorieansätze.....	160
(a)	Die Produktionskostentheorie.....	160
(b)	Die Gleichgewichtstheorie.....	161
(c)	Der risikotheorietische Ansatz.....	163
D.	Interorganisationale Ansätze.....	164
1.	Der Ressourcenabhängigkeitsansatz.....	164
2.	Der austauschtheoretische Ansatz.....	168
3.	Organisationsökologische Theorieansätze.....	169
E.	Verwertbare Theorieansätze.....	171
1.	Die industrieökonomischen Theorieansätze.....	171
2.	Die institutionenökonomischen Theorieansätze.....	172
3.	Die interorganisationalen Theorieansätze.....	173
4.	Synthese.....	173
IV.	ÖKONOMISCHE LEGITIMATION VON KOOPERATIONEN.....	175
A.	Die Bedeutung von Kooperationen in der Wirtschaft.....	175
B.	Gründe für das Eingehen von Kooperationen.....	176
1.	Die Marktsituation.....	177
2.	Der Technologiewandel.....	179
3.	Die Verbraucher-/Absatzsituation.....	180
4.	Das allgemeine wirtschaftliche Umfeld.....	181
5.	Zusammenfassung.....	182
C.	Angestrebte Ziele von Kooperationen.....	183
1.	Gliederung der unterschiedlichen Ziele.....	183
2.	Ziele auf Unternehmensebene.....	184
(a)	Allgemeine Zielsetzung.....	184
(b)	Ziele im Beschaffungsbereich.....	185
(c)	Ziele im Produktionsbereich.....	186
(d)	Ziele im Absatzbereich.....	188
(e)	Ziele bei der Forschung & Entwicklung.....	189
(f)	Weitere Ziele.....	190
3.	Ziele auf Marktebene.....	191
4.	Ziele auf volkswirtschaftlicher Ebene.....	192
D.	Nachteile und Gefahren von Kooperationen.....	193
1.	Mögliche Gefahren von Kooperationen auf Unternehmensebene.....	194
2.	Mögliche Gefahren von Kooperationen auf Marktebene.....	198
3.	Mögliche Gefahren von Kooperationen auf volkswirtschaftlicher Ebene.....	198

E.	Beurteilung von Kooperationen aus ökonomischer Sicht.....	199
1.	Beurteilung kooperativer Zusammenarbeit aus Unternehmenssicht.....	199
2.	Beurteilung kooperativer Zusammenarbeit aus markt- und volkswirtschaftlicher Sicht.....	200
V.	WETTBEWERBSRECHTLICHE ERFASSUNG VON KOOPERATIONEN.....	202
A.	Die wettbewerbsrechtliche Relevanz von Kooperationen.....	202
1.	Einleitung.....	202
2.	Die Beurteilung von Kooperationen im Lichte der verschiedenen traditionellen Wettbewerbstheorien.....	204
(a)	Die freie Konkurrenz bei Adam Smith.....	204
(b)	Die vollkommene Konkurrenz der Wohlfahrtsökonomik.....	205
(c)	Die Harvard Schule.....	206
(d)	Die Chicago Schule.....	207
(e)	Die Theorie der ‚bestreitbaren‘ Märkte.....	208
(f)	Die ordoliberalen Theorie des vollständigen Wettbewerbs.....	209
(g)	Die Theorie der optimalen Wettbewerbsintensität.....	210
(h)	Die neuklassische Konzeption der Wettbewerbsfreiheit.....	211
(i)	Das Koordinationsmängelkonzept.....	212
(j)	Zusammenfassende Beurteilung von Kooperationen im Lichte der traditionellen Wettbewerbstheorien.....	213
3.	Der Einfluss von Kooperationen auf die Wettbewerbspolitik.....	214
(a)	Die institutionelle Sichtweise.....	215
(b)	Die instrumentalistische Sichtweise.....	216
(c)	Das schweizerische Recht zwischen instrumenteller und institutioneller Sichtweise.....	217
(d)	Fazit.....	217
B.	Die kartellgesetzliche Erfassung und Einordnung von Kooperationen.....	218
1.	Die Verankerung des Kooperationsprivilegs im schweizerischen Recht.....	218
2.	Die kartellgesetzliche Relevanz von Kooperationen.....	219
(a)	Die kartellgesetzliche Qualifikation von Kooperationen.....	219
(b)	Die Kooperation in Form eines Gemeinschaftsunternehmens.....	221
C.	Die Kooperation als marktmächtige Unternehmensverbindung.....	224
1.	Die Marktbeherrschung.....	224
2.	Marktmächtige Kooperationsverbindungen zwischen KMU.....	225
D.	Die Kooperation als Wettbewerbsabrede.....	226
1.	Vorbemerkung.....	226
2.	Die Legaldefinition der Wettbewerbsabrede.....	227
3.	Die materiellrechtliche Behandlung einer Wettbewerbsabrede.....	228
(a)	Drei Arten von wettbewerbsbeschränkenden Abreden.....	228
(i)	Im Grundsatz.....	228
(ii)	Voraussetzungen einer Wettbewerbsbeschränkung.....	229

(b) Die unerhebliche Wettbewerbsbeschränkung infolge einer Kooperation zwischen KMU.....	230
(i) Im Grundsatz.....	230
(ii) Kooperationen als unerhebliche Wettbewerbsabreden.....	230
(c) Die erhebliche Wettbewerbsbeschränkung infolge einer Kooperation zwischen KMU.....	231
(i) Im Grundsatz.....	231
(ii) Kooperationen als erhebliche Wettbewerbsabreden.....	232
(d) Die Beseitigung des wirksamen Wettbewerbs infolge einer Kooperation zwischen KMU.....	236
(i) Im Grundsatz.....	236
(ii) Kooperationen als wettbewerbsbeseitigende Abreden.....	236
(e) Die Rechtfertigung von Kooperationen.....	238
(i) Im Grundsatz.....	238
(ii) Kooperationen als rechtfertigungsfähige Wettbewerbsabreden.....	238
(f) Gerechtfertigte Arten von Wettbewerbsabreden.....	241
(i) Im Grundsatz.....	241
(ii) Kartellrechtlich erfasste Kooperationsbereiche.....	241
(g) Art. 6 Abs. 1 Bst. e KG im besonderen.....	243
(i) Der Abredebegriff.....	244
(ii) Der Zweck der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.....	244
(iii) Die Normadressaten: Kleine und mittlere Unternehmen.....	247
(iv) Die beschränkte Marktwirkung.....	247

E. Die Bekanntmachung betreffend Abreden mit beschränkter

Marktwirkung.....	249
1. Die Entstehung.....	249
(a) Die Erlassform.....	249
(b) Vom Entwurf zur definitiven Fassung.....	250
2. Die Bedeutung.....	252
3. Der Aufbau der KMU-Bekanntmachung.....	253
4. Der Geltungsbereich der KMU-Bekanntmachung.....	254
5. Die einzelnen Bestimmungen der KMU-Bekanntmachung.....	258
(a) Die einleitenden Erwägungen.....	258
(b) Die allgemeinen Bestimmungen (Kap. A).....	261
6. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen (Kap. B) im besonderen.....	262
(a) Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.....	262
(i) Die Zielsetzung der Abrede.....	263
(1) Das Erreichen von Grössen- oder Verbundvorteilen.....	263
(2) Grössenvorteile.....	263
(3) Verbundvorteile.....	264
(4) Die Mittel: Leistungssteigernde oder innovationsfördernde Massnahmen.....	265
(5) Die Schaffung von Verkaufsanreizen.....	267
(ii) Die Notwendigkeit der Wettbewerbsabrede.....	267
(iii) Beispiele für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.....	268
(b) Die beschränkte Marktwirkung.....	271
(i) Abgrenzung zum Begriff der Erheblichkeit.....	271
(ii) Unterschiedliche Marktanteilsschwellen.....	272
(iii) Berücksichtigung der gesamten Marktverhältnisse.....	273
(iv) Ausnahmen.....	274

7.	Weitere Bestimmungen der KMU-Bekanntmachung.....	276
(a)	Die Spezialregeln für Kleinstunternehmen (Kap. C)	276
(b)	Die gemeinsamen Bestimmungen (Kap. D).....	278
8.	Die Bekanntmachung in einer zusammenfassenden Betrachtung.....	280
9.	Kommentar.....	282
(a)	Rechtslage aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Bst. e KG und der Bekanntmachung.....	282
(b)	Begriffsdefinition	284
(c)	Beizug der Marktanteilsschwellen	285
10.	Wertung.....	287
 3. TEIL: RECHTSVERGLEICH.....		289
 I. ZULÄSSIGKEIT VON KOOPERATIONEN NACH DEM DEUTSCHEN RECHT.....		291
 A. Die deutsche Wettbewerbsordnung		291
 B. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen		292
1.	Verhältnis zum europäischen Kartellrecht.....	293
2.	Zweck des GWB.....	294
3.	Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen.....	294
4.	Rechtsfolgen des Kartellverbots.....	298
5.	Freigestellte Vereinbarungen	298
(a)	Verbesserung der Warenerzeugung oder -verteilung oder Beitrag zur Förderung des technischen oder wirtschaftlichen Fortschritts	299
(b)	Angemessene Beteiligung der Verbraucher	301
(c)	Unerlässlichkeit der Wettbewerbsbeschränkung	302
(d)	Keine Wettbewerbsausschaltung.....	302
6.	Rechtsfolge.....	303
7.	Freistellung aufgrund entsprechender Geltung der Gruppenfreistellungsverordnungen nach § 2 Abs. 2 GWB	303
8.	Mittelstandskartelle.....	304
(a)	Beteiligung von KMU	305
(b)	Vereinbarung oder Beschluss.....	306
(c)	Miteinander im Wettbewerb stehende Unternehmen.....	306
(d)	Rationalisierung wirtschaftlicher Vorgänge.....	306
(e)	Zwischenbetriebliche Zusammenarbeit.....	307
(f)	Keine wesentliche Wettbewerbsbeeinträchtigung.....	307
(g)	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU	308
(h)	Rechtsfolge.....	308
 II. ZULÄSSIGKEIT VON KOOPERATIONEN NACH EUROPÄISCHEM RECHT.....		310

A. Die Grundlagen der Wettbewerbsregeln der Europäischen Gemeinschaft	310
B. Das Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen (Art. 81 Abs. 1 EGV)	312
1. Eignung zur Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	313
2. Spürbarkeit der Wettbewerbsbeschränkung	316
3. Rechtsfolge (Art. 81 Abs. 2 EGV)	317
C. Freistellung vom Kartellverbot (Art. 81 Abs. 3 EGV)	318
1. Freistellung im Einzelfall	318
2. Freistellung aufgrund einer Gruppenfreistellungsverordnung	319
D. Anwendung auf Kooperationen	321
III. VERGLEICH MIT DER SCHWEIZERISCHEN LÖSUNG.....	323
4. TEIL: RECHTFERTIGUNG DER GESETZLICHEN ORDNUNG UND FRAGE NACH EINEM MÖGLICHEN ANPASSUNGSBEDARF.....	327
I. RECHTFERTIGUNG DER SONDERBEHANDLUNG VON KMU.....	329
A. Prüfungskriterien zur Beurteilung von Wettbewerbsveränderungen	329
1. Der Wettbewerb als Selbstzweck	329
2. Das Freiheitsziel	330
3. Die ökonomischen Funktionen des Wettbewerbs	330
4. Die Beurteilung anhand der Wettbewerbstheorie	330
5. Die Beurteilung anhand anderer politischer Ziele	331
6. Verwertbare Prüfungskriterien	331
B. Die Sonderbehandlung von KMU im schweizerischen Kartellrecht	332
C. Wettbewerbstheoretische Rechtfertigungsgründe	333
1. Kooperation und Wettbewerbstheorie	333
2. Kooperation in ausgewählten Wettbewerbstheorien	334
3. Kooperationen in der schweizerischen Wettbewerbskonzeption	335
D. Wettbewerbspolitische Rechtfertigungsgründe.....	335

1.	Die Herstellung gegengewichtiger Marktmacht	335
2.	Die Marktmacht	335
	(a) Definition	335
	(b) Die Angebotsmacht	336
	(c) Die Nachfragemacht	336
	(i) Definition	336
	(ii) Untersuchung der Wettbewerbskommission	338
	(iii) Nachfragemacht von Handelsunternehmen	339
	(d) Marktmacht von Kooperationsverbindungen zwischen KMU	340
	(e) Die gegengewichtige Marktmacht	341
3.	Die Verwirklichung der kartellgesetzlichen Zielsetzung	343
	(a) Die Förderung des wirksamen Wettbewerbs	344
	(b) Die Gewährleistung der Wettbewerbsfunktionen	344
E.	Strukturpolitische Rechtfertigungsgründe	345
1.	Die Verwirklichung des strukturellen Nachteilsausgleichs	345
2.	Der Rückgriff auf frühere Kartellerlasse	347
	(a) Das Kartellgesetz von 1962	347
	(b) Das Kartellgesetz von 1985	348
	(c) Der Paradigmawechsel 1995	349
	(d) Der verfassungsrechtliche Strukturartikel	349
	(e) Fazit	350
3.	Der Ausgleich grössenbedingter Nachteile	350
	(a) Die Möglichkeit der Massenproduktion	351
	(b) Vorteile in der Forschung	351
	(c) Der Zugang zu Kapitalmärkten	352
	(d) Vorteile bei Konjunktur- und Nachfrageänderungen	352
	(e) Kein eindeutiges Bestehen grössenbedingter Nachteile	353
F.	Die Rechtfertigung aufgrund der Rechtsgleichheit	354
G.	Zusammenfassende Betrachtung	356
II.	WETTBEWERBSPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN	
	– MÖGLICHE GEFAHREN FÜR DEN	
	WETTBEWERB	359
A.	Gefahren durch zukünftiges Marktverhalten	359
1.	Der missbräuchliche Umgang mit Marktmacht	359
2.	Die Ausdehnung der Kooperation sowie weitergehende Nebenabreden	360
B.	Gefahren durch zukünftige Marktergebnisse	361
1.	Die fehlende Zielerreichung	361
2.	Die Stagnierung des technischen Fortschritts	363
3.	Ungerechtfertigte Preiserhöhungen	364
4.	Die Erhöhung der Marktzutrittsschranken	365
5.	Der Schutz bestehender Marktsstrukturen	365

C. Gefahren durch zukünftige Marktstrukturen	366
1. Das Ausscheiden wichtiger Konkurrenten	367
2. Das Unternehmenswachstum	367
3. Die Kooperation als Vorstufe einer Fusion	368
D. Zusammenfassung	369
III. MÖGLICHE ALTERNATIVEN	372
A. Änderungsbedarf der Regelung?	372
B. Modifikation der KMU-Norm	373
1. Die Einfügung zusätzlicher Rechtfertigungsvoraussetzungen	373
2. Die Einfügung einer Abwägungsklausel.....	375
3. Die negative Abgrenzung nicht erlaubter Tatbestände	376
C. Die Schaffung einer allgemeinen Kooperationsnorm	377
D. Die ersatzlose Abschaffung der KMU-Norm	378
E. Weitere Alternativen	379
1. Die Übertragung an eine politische Behörde	379
2. Die Schaffung einer Ausnahmeregelung für KMU.....	381
3. Die Schaffung eines spezifischen Erlasses zur Förderung der KMU.....	382
F. Mögliche Lösungen und deren Wertung	383
1. Motivation zum Erlass einer KMU-Norm.....	384
2. Ausrichtung der KMU-Norm	385
3. Notwendigkeit einer KMU-Norm.....	385
ZUSAMMENFASSUNG	387

STICHWORTVERZEICHNIS